

GGG

Info

NACH DEM KONGRESS IST VOR DEM HIMMELFAHRTSTREFFEN AM 25.05.2017

Bei diesem Treffen in Oberursel wollen wir – Menschen aus den am Kongress und der Initiative Länger gemeinsam Lernen beteiligten Verbänden – uns zusammensetzen und beraten, wie wir je einzeln oder gemeinsam unsere ‚Selbstverpflichtung‘ aus der Frankfurter Erklärung (siehe Info I/2017) umsetzen können. Beim Austausch über die jeweils für das kommende Jahr geplanten Aktivitäten können mögliche gemeinsame Aktionen geprüft und vereinbart werden. Mit Vertretern der Wissenschaft soll zudem der Diskurs über notwendige Schritte für den Umbau des Schulsystems fortgesetzt werden. Details zur Anmeldung – Interessierte sind herzlich aufgefordert teilzunehmen – siehe ab April auf unserer Website.

Zur besseren Kenntnis der jeweiligen Ideen und Stärkung des gemeinsamen Ziels beginnt mit diesem Info eine Reihe mit Kurzdarstellungen unserer Partner. Nach Jonas Lanig, dem Vorsitzenden der „Aktion Humane Schule“ werden in den folgenden Ausgaben noch Irmtraud Schnell für „Politik gegen Aussonderung“ (PogA) und Uta Kumar für das „NRW-Bündnis Eine Schule für alle“ die Schwerpunkte und Vorhaben ihrer Vereinigungen darstellen.

Erinnerung

Unsere mit dem debus pädagogik Verlag gemeinsam herausgegebene Zeitschrift GEMEINSAM LERNEN muss seit Heft 1/2017 abonniert werden – zum vergünstigten Mitgliedspreis von 24,- € im Jahr. Die Gründe hatten wir bereits im letzten GGG-Info ausführlich erläutert und hoffen nun auf viele Abonnenten:



<http://www.gemeinsam-lernen-online.de/ggg-abonnement>

INHALT

GGG aktuell

Erinnerung an Hildegard Hamm-Brücher und Wolfgang Klafki	II
Weiterarbeit zu Klausurergebnissen	II
Nach dem Kongress – ist vor dem Himmel-fahrtstreffen	III
Kurzportrait „Aktion Humane Schule“	III

GGG intern

Vorankündigung Bundestagung 2017	VIII
Jubiläen und Geburtstage	VIII

GGG Länderberichte

Bayern	IV
Hamburg	IV
Niedersachsen	V
Nordrhein-Westfalen	VI
Rheinland-Pfalz	VI
Schleswig-Holstein	VII

Zur Erinnerung an zwei 2016 verstorbene uns verbundene Persönlichkeiten

Hildegard Hamm-Brücher (07.12.2016) und Wolfgang Klafki (24.08.2016)

Zu den im letzten Jahr verstorbenen Persönlichkeiten, die unser Land über Jahrzehnte mitgeprägt haben, gehört Hildegard Hamm-Brücher. In vielen Medien erschienen Würdigungen der „besten Bundespräsidentin, die das Land nie hatte“ (wie es ein Journalist in der SZ schön auf den Punkt gebracht hat). Leider enthielten diese Würdigungen nur selten und dann ganz am Rande einen Hinweis auf die Bedeutung Hildegard Hamm-Brüchers für die Bildungspolitik in unserem Land, insbesondere auf die Rolle, die sie zusammen mit Persönlichkeiten wie Carl-Heinz Evers (ehem. Bildungssenator in Berlin) und Ludwig von Friedeburg (ehem. Kultusminister in Hessen) für die Bemühungen um eine grundlegende Bildungsreform in Deutschland und damit um eine Veränderung der selektiven Schulstruktur durch die Gesamtschule gespielt hat. Im Gegensatz zu ihrer Partei, der FDP, die dieser Reform einst offen gegenüberstand – es sei daran erinnert, dass z.B. die Offene Schule Kassel-Waldau ein FDP-Projekt war –, ist Hildegard Hamm-Brücher Zeit ihres Lebens konsequent bei ihrer bildungspolitischen Position geblieben.

Fotos: Irmi Weiland



Feier zum 25-jährigen Bestehen der GGG in Berlin, Dezember 1994: Carl-Heinz Evers, Hildegard Hamm-Brücher ... und Wolfgang Klafki

Dass dieser Einsatz für eine konsequente Schulstrukturreform in Deutschland weitgehend unerwähnt blieb – was übrigens auch für Wolfgang Klafki gilt –, ist vielleicht dem historischen Kurzzeitgedächtnis geschuldet. Es spricht aber auch für den in den vergangenen Jahren üblich gewordenen Versuch, die nach wie vor zentrale Bedeutung der Debatte um die Schulstruktur auszublenden.

Hildegard Hamm-Brücher hätte dies nicht gefallen. Und auch die GGG kann selbstbewusst darauf hinweisen, dass Hildegard Hamm-Brücher sich stets für die Gesamtschule eingesetzt hat, z.B. bei der 25-Jahr-Feier der GGG in Berlin im Dezember 1994. Sie hielt dort eine vielbeachtete Rede und war auch an einer Podiumsdiskussion beteiligt.

Wolfgang Klafki, ebenfalls bei der Feier 1994 in Berlin anwesend, war bis zu seinem Lebensende über viele Jahrzehnte Mitglied der GGG und hat sich stets und ausdrücklich für eine Weiterentwicklung des Schulsystems zur einer Schule für alle eingesetzt und ausgesprochen.

VON DIETER WEILAND

Weiterarbeit mit den Ergebnissen der Klausur vom 17./18.09.2016 in Kassel

Wie im letzten Info beschrieben, wurden mehrere Arbeitsgruppen eingesetzt, um die identifizierten Handlungsfelder zu bearbeiten: Die AG „Unterstützung der Schulen“ hat sich am 18.01.2017 erstmals in Frankfurt getroffen und aus den vertretenen Landesverbänden bisherige Ansätze und Erfahrungen zusammengetragen, diese sollen aus den übrigen Ländern vervollständigt werden.

Die fusionierte AG „Strategie/Politik-einwirkung“ traf sich am 10.02.2017 in Hannover und hat nach einer Verständi-

gung über die zu bearbeitenden Strategiefelder (Systemwechsel, Lehrkräftebildung sowie Länderstrukturen/ggg-liche Argumentationen) erste Ziele für die AG formuliert. Vorrangig sollte die Erarbeitung eines an den aktuellen Herausforderungen anknüpfenden Positionspapiers unter Bezug auf die Ziele der GGG sein. Das Papier soll im HA II/2017 diskutiert und zur MV am 17.11.2017 vorgelegt werden. Als dringend geboten sah die AG auch die Entwicklung einer Vision, eines radikalen Entwurfs für eine neue Lehrkräftebildung

für die inklusive Schule. Erste Ideen sollen beim nächsten Treffen im Juni diskutiert werden.

Die Steuergruppe hat vorgeschlagen, auch Vertreter der Arbeitsgruppen in die Steuergruppe zu berufen, die jeweils im Anschluss an die HA-Sitzungen tagen wird. Die AG wurden gebeten, in einem ersten Schritt je drei ‚smarte‘ Ziele für ihre Arbeit zu formulieren – dabei darauf zu achten, konkrete, von der GGG selbst umzusetzende Maßnahmen zu benennen.

Ergebnis des Kongresses – eine neue Broschüren-Reihe: „Eine für Alle–die inklusive Schule für die Demokratie“

Die Beiträge der Referent/-innen zu den Foren werden ausschließlich auf der Kongresswebsite <http://www.eine-fuer-alle-schule.de> veröffentlicht. Um auch die Vorträge und ergänzende Argumentationen

für „Eine für Alle–die inklusive Schule für die Demokratie“ einem breiten Personenkreis direkt zugänglich zu machen, sollen diese im Rahmen einer ‚Broschüren-Reihe‘ herausgebracht werden. Mit die-

sen wiederkehrenden Veröffentlichungen wird stets von neuem die Thematik in den öffentlichen Blick gerückt – und die nachhaltige Zusammenarbeit der Verbände deutlich hervorgehoben.

Über den Tellerrand geschaut: DIE AKTION HUMANE SCHULE

Unsere Gesellschaft weiß sehr gut, was sie von ihren Schulen erwartet: Sie sollen das über viele Generationen angewachsene Wissen an die jungen Menschen weitergeben und diese mit den Errungenschaften unserer Zivilisation vertraut machen. Dabei wird oft übersehen, dass die Schule für die Kinder und Jugendlichen ein Lebensort ist, an dem sie einen großen Teil ihrer Zeit verbringen und der sie nachhaltig prägt. Die Qualität von Schule darf sich deshalb nicht nur an dem bemessen, was sie für die Gesellschaft leistet – sondern immer auch an dem, was sie den Kindern und Jugendlichen bietet. Viel zu lange wurde hier nach dem Grundsatz verfahren, wonach der (gesellschaftliche) Zweck die (pädagogischen) Mittel heiligt.

Kinderrechte in der Schule

Die Aktion Humane Schule wurde vor über 40 Jahren von Eltern und Lehrkräf-

ten gegründet, um die seelische Situation der Kinder und Jugendlichen in der Schule zum Thema zu machen. Auslöser dieser Gründung war die Selbsttötung eines Jugendlichen, der dem schulischen Druck nicht gewachsen war. In Sorge um die Befindlichkeit junger Menschen am Lebensort Schule verstehen wir uns als Kinderrechtsorganisation. Wir fühlen uns deshalb allen verbunden, die die Rechte junger Menschen zu ihrer Sache machen.

An den Themenheften der Verbandszeitschrift „Humane Schule“ lässt sich ablesen, was für uns eine menschliche Schule ausmacht: Hier geht es um eine demokratische Unterrichtspraxis, um das Lernen in einer bedrohten Welt, um die Beziehungskultur im Klassenzimmer, um den pädagogischen Umgang mit Vielfalt oder um das Modell einer notenfreien Schule. Vorbereitet werden diese Themenhefte jeweils im Rahmen einer Fachtagung, zu der die Aktion Humane Schule Experten und Interessierte einlädt.

Gegen die Turbo-Schule!

Aktuelles Schwerpunktthema der AHS ist ein pädagogisch angemessener Umgang mit der Zeit. Wir wollen damit ein Gegengewicht zum Termindruck und zur Oberflächlichkeit der Turbo-Schule anbieten, wollen uns für eine Entschleunigung des Lernens stark machen. Das aber verlangt eine ganz andere Organisation des Unterrichts: Statt den Kindern ein einheitliches Lerntempo vorzugeben, muss jedem Schüler die Möglichkeit eingeräumt werden, zu seinem eigenen



Rhythmus zu finden. Das enge Zeitraaster der Stundenpläne ist dabei ebenso kontraproduktiv wie die Vorgabe einheitlicher Prüfungstermine. Was unsere Kinder wirklich brauchen, ist eine „Schule im eigenen Takt“ – wie das aktuelle Themenheft unserer Verbandszeitschrift betitelt ist.

Eine für alle

Dabei ist sich die Aktion Humane Schule bewusst, dass es kein richtiges Lernen im falschen geben kann: Nur wenn sich die strukturellen Bedingungen schulischen Lernens ändern, wird sich das Projekt einer humanen Pädagogik realisieren lassen. Junge Menschen vor psychischem Druck und sozialer Ächtung zu beschützen, kann in einem starren System von Sortierung und Auslese nicht gelingen. Deshalb engagiert sich die Aktion Humane Schule seit ihren Anfängen für eine gemeinsame Schule für alle Kinder. Aus diesem gemeinsamen Interesse heraus ist die AHS seit vielen Jahren Bündnispartner der GGG. Eine selektive Pädagogik schafft die Voraussetzungen für eine Spaltung unserer Gesellschaft. Um dieser Entwicklung vorzubeugen, bedarf es breiter Bündnisse und einer abgestimmten Strategie.

Die Aktion Humane Schule ist dabei.

Foto: Eva Giovannini



Jonas Lanig, Vorsitzender AHS

BAYERN

Übergabe des Mitgliedsschildes an die Gesamtschule Hollfeld

Der Landesverband Bayern freut sich und ist stolz, dass 100% der bayrischen Gesamtschulen in der GGG aktiv sind. Als sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit erhielt nun auch die staatliche Gesamtschule Hollfeld unter der Leitung von Frau Christiana Scharfenberg als korporatives Mitglied das neu gestaltete Schild „GGG Mitgliedsschule – Eine Schule für alle“. Damit ergab sich am 16. Januar 2017 für den Bundesvorsitzenden Gerd-Ulrich Franz und für mich als Vertreter des LV Bayern die Gelegenheit, die Schule näher kennenzulernen. Bereits 1971 gegründet, ist sie seitdem



Übergabe des Schildes an Schulleiterin Christiana Scharfenberg



Hier gehts zur GS Hollfeld
Michael Peter und Gerd-Ulrich Franz

das einzige vollständige Schulangebot im ländlichen Raum zwischen den Städten Bamberg und Bayreuth und wird von über 1000 Schüler/-innen in den Jg. 5-13 besucht. Besonders beeindruckend war für uns, wie zielstrebig die Schule ihren Weg der pädagogischen Innovation geht – trotz der rigiden bayrischen Strukturvorgaben. Die Bereiche des 5. und 6. Jahrgangs wurden vor kurzem zu modernen Lernlandschaften umgestaltet. Hier kann der Raum als dritter Pädagoge wirken und vielfältige Lernerfahrungen ermöglichen. Die so eingebettete Pädagogik erleichtert den neuen Schülerinnen und Schülern auch das Ankommen in der neuen Umgebung. Dass die Umgestaltung im alten Baubestand unter Nutzung der ursprünglich angelegten Variabilität gelang, zeigt die Weitsicht des damaligen Architekten und belegt die besondere Kreativität der Schulleitung und das Engagement der Lehrkräfte gleichermaßen.

Eine engere Zusammenarbeit unserer beiden bayrischen Gesamtschulen in Hollfeld und München wurde bei dem Besuch auch gleich mit auf den Weg gebracht.

MICHAEL PETER

HAMBURG

„150 Tage nach dem Positionspapier“ haben sich die Schulleiterinnen und Schulleiter der in der GGG organisierten Stadtteilschulen mit einer gleichnamigen Presseerklärung erneut öffentlich zu Wort gemeldet. Das Papier habe, so die Bilanz, eine breite bildungspolitische Debatte in der Stadt ausgelöst – begleitet von zahlreichen Gesprächen mit Parteien, Verbänden, Wissenschaftlern und namhaften Einzelpersonen. Zumindest drei der von den Stadtteilschulleiterinnen und –leitern konkret benannten Handlungsfelder waren von der Behördenleitung aufgenommen worden, indem Arbeitsgruppen für eine Imagekampagne, zum Übergang von der Grundschule auf die Sekundarstufe I und zur Modellierung eines neuen Anmelde- und Aufnahmeverfahrens eingerichtet

wurden. Der Zeitplan sieht vor, dass erste Ergebnisse im April vorliegen sollen. In ihrer Presseerklärung mahnen die Sprecher/-innen der GGG-Schulleiter-Vereinigung jedoch an, dass mehr nötig sei: „... die dringend gebotene breite Debatte in und mit der Behörde um Bildungsgerechtigkeit, um eine Schule der Zukunft, die sozial und inklusiv ist und die nicht ausgrenzt“ müsse auch weiterhin öffentlich geführt werden.

Ausgehend von der zweigliedrigen Schulstruktur der Stadt sah sich die Politik genötigt, eine Reform der Lehrerbildung auf den Weg zu bringen. Im Januar 2017 veröffentlichte die Behörde die Empfehlungen einer im Jahr 2016 eingerichteten Expertenkommission. Vorgeschlagen wird, das jetzige stufenübergreifende Hamburger Lehramt an der Primarstufe und der Sekundarstufe I (umgangssprachlich fälschlicherweise als GHR-Lehramt bezeichnet) abzuschaffen und durch jeweils eigenständige Lehrämter für die Grundschule und die Stadtteilschule zu ersetzen.

Damit orientieren sich die Empfehlungen auftragsgemäß an der gegenwärtigen Schulstruktur in der Stadt. Nicht mehr abgebildet wären allerdings die Hamburger Langformschulen (immerhin 20% der Stadtteilschulen). Zugleich besteht die Gefahr einer potenziellen Entwertung des Grundschullehramtes. Die Ausbildungsanforderungen an das neue Stadtteilschul-Lehramt sind bis auf letztlich kleine Differenzierungen mit dem gymnasialen Lehramt identisch, so dass ein einheitliches Lehramt auf der Hand läge. Die Kommission hat dies (in einer Fußnote!) auch gesehen, jedoch die Auffassung vertreten, dass hierzu politische Entscheidungen nötig wären. Die GGG Hamburg hat mit einer Presseerklärung ihre Position zu den Empfehlungen deutlich gemacht und angekündigt, sich aktiv in die Diskussion einzubringen, um zu erreichen, dass „in der Lehrerausbildung strukturelle Weichen gestellt werden, die ein inklusives Schulsystem fördern und nicht verhindern“.

Mit Dr. Reinald Eichholz, einem engagierten Vertreter für Kinderrechte und Inklusion, und Peter-Ulrich Meyer, dem

Ressortleiter des Hamburger Abendblattes und ausgewiesener Kenner der Bildungsszene, fand im Dezember 2016 eine hoch ambitionierte Veranstaltung zur Frage der Inklusion und zur Entwicklung des Hamburger Schulwesens statt. Wir setzen unsere Veranstaltungsreihe mit Dr. Annemarie von der Groeben am 15. Mai zur Frage guter Lernbedingungen für Kinder und am 15. Juni mit Prof. Dr. El Mafaalani zum Thema Schule und Armut von Kindern fort. Mit den Schulbesuchstagen vom 10. bis 12. April eröffnet die GGG Hamburg zum dritten Mal die Möglichkeit, interessante Konzepte und Modelle an Stadtteilschulen kennenzulernen.

BARBARA RIEKMANN

NIEDERSACHSEN

Die Anzahl der Gesamtschulen in Niedersachsen wächst weiter. Stand Februar 2017: 126 Gesamtschulen, davon 90 integrierte, 35 im Aufbau begriffen. Von den integrierten Gesamtschulen führen 47 eine eigene Oberstufe. Ergänzt wird das Angebot durch 36 kooperative Gesamtschulen, davon 26 mit eigener Oberstufe.

Einerseits ist dies die Folge eines nach wie vor steigenden Interesses von Eltern an einem längeren gemeinsamen Lernen und gleichzeitig der verbesserten bildungspolitischen Rahmenbedingungen unter einer Landesregierung „Rot-Grün“.

Andererseits bereitet die Genehmigungspraxis des Ministeriums Anlass zur Sorge. Dazu muss man wissen, dass das Schulgesetz vorsieht, die wesentliche Steuerung der Schulentwicklung den Schulträgern zu überlassen – mit all den auch in anderen Bundesländern bekannten negativen Nebenwirkungen.

Insbesondere steht die GGG der zunehmenden Genehmigung von dreizügigen integrierten Gesamtschulen kritisch gegenüber. Trotz schulfachlicher Bedenken aus den Landesbehörden genehmigt das Ministerium alles, was auf den Tisch kommt. Neben den erheblichen Bedenken gegen-

über der Qualität des Bildungsangebots an dreizügigen Gesamtschulen in Konkurrenz zum Gymnasium sehen wir die Konkurrenz von neuen und bereits bestehenden IGS als kontraproduktiv für die Entwicklung unserer Schulform an. Denn die Schulträger errichten Schuleinzugsbereiche, damit die Neugründungen Schüler bekommen – zu Lasten bereits bestehender Gesamtschulen. Eltern insbesondere leistungsstarker Kinder melden bei dieser Option ihr Kind am Gymnasium an, die dreizügige Neugründung erhält ja definitiv keine eigene Oberstufe. Und in der Gesamtschule mit Oberstufe darf es nicht angemeldet werden. Für die anderen Schulformen geben Schulträger dagegen keinen Einzugsbereich vor.

Die Frage nach der Schulgröße und Zügigkeit stellt sich nach Auffassung der GGG in Niedersachsen nicht unabhängig vom gesamten Schulsystem. Hätten wir flächendeckend „eine Schule für alle“, könnte man auch über kleine Systeme nachdenken. In der Konkurrenz zu anderen Schulformen muss der Blick auf die Konkurrenzfähigkeit und die Nutznießer von Schulgrößen- und Standortentscheidungen gelenkt werden.

Die GGG beklagt das fehlende Bildungsmonitoring und den fehlenden Gestaltungswillen der Landesregierung. Die Schulträger „einfach machen zu lassen“, ohne auf die Auswirkungen in einer Bildungsregion zu blicken, ist keine bildungspolitische Gestaltung, sondern eine unverantwortliche Laissez-Faire-Politik. Damit erreicht man auch keinen wie immer gearteten „Schulfrieden.“

Ein anderes Beispiel für diese „Nicht“-Politik ist die Situation im Bereich Göttingen. Hier hat der Schulträger beschlossen, neben Gymnasien nur noch Gesamtschulen zu führen. Das Ministerium lässt dies geschehen, ohne die klar vorhersagbaren Probleme (Abschulung, Umsetzung der Inklusion) zu antizipieren und den Schulträger zu Regelungen zu zwingen.

Die Gesamtschulen stemmen derzeit viel. War es je anders?

Jedenfalls gehen sie die Umsetzung der Inklusion und die Integration von Flüchtlingskindern aktiv an. Insbesondere in

Ballungszentren sind die Gesamtschulen die Schulform, die Inklusion und Integration auch umsetzt. Während FDP und CDU mit Anträgen auf Führung der Förderschule Lernen und Sprache ab dem 1. Schuljahr wieder zurück zu einer kompletten Zweigleisigkeit wollen, sieht die GGG der inzwischen erkämpften, aber noch nicht rechtswirksamen Gleichstellung von Förderlehrkräften und Gesamtschullehrkräften sehnsüchtig entgegen. Bei anderen Fragen zur Inklusion sind noch Antworten offen: Warum ist für Förderlehrkräfte nicht die Gesamtschule die Dienststelle, in der sie arbeiten? Warum arbeitet man weiterhin mit Abordnungen? Wer steuert den Einsatz und wer berät?

Neben der Kritik an der grundsätzlichen Ausrichtung der Bildungspolitik in Niedersachsen musste sich die GGG – dies allerdings erfolgreich – gegen die Verschärfung der Abschlussverordnung Sek. I wehren. Und – inzwischen gemeinsam mit der Spitze des Kultusministeriums – sie setzt sich auch für die Beibehaltung der Integration der naturwissenschaftlichen Fächer ein sowie für eine Intensivierung der Fortbildungsangebote in diesem Bereich. Die GGG war schon sehr erstaunt, dass altes Fächerdenken in den Tiefen des Ministeriums erneut aus dem Hut gezogen wurde. Hinweise auf die erfolgreiche, wenn auch anspruchsvolle Praxis konnten überzeugen.

In der Region Hannover hat sich ein Netzwerk von 30 Gesamtschulen gebildet, in dem Unterrichtserfahrungen ausgetauscht, Projekte vorgestellt werden. 30 Gesamtschulen sprechen mit einer Stimme und verfolgen ambitionierte Ziele zur gemeinsamen Verbesserung von Unterrichts- und Schulqualität. Die Eröffnungsveranstaltung traf auf eine große öffentliche Resonanz. Die GGG unterstützt weiterhin die Qualifizierung von Schulleitungsteams und interessiert mit einem jährlich stattfindenden Bildungstag alle Kollegen/-innen für brisante Themen.

Natürlich sind Gesamtschulen erste Adresse, wenn es um die Integration von Flüchtlingskindern geht. Für die sprachliche Bildung und die Integration in den Schulalltag hat die GGG in Niedersachsen eine

Plattform eingerichtet, auf der inzwischen bewährte Konzepte einzelner Schulen abgerufen werden können, die diese zur Verfügung gestellt haben. Abrufbar sind die Konzepte unter: www.ggg-niedersachsen.de unter „Sprachkonzepte“.

2017 ist Wahljahr, in Niedersachsen „fast“; Landtagswahlen finden im Januar 2018 statt. Die GGG wird sich mit Wahlprüfsteinen positionieren. Dazu mehr im nächsten Länderbericht.

RAIMUND OEHLMANN

NORDRHEIN-WESTFALEN

Integration ist die Aufgabe aller Schulen und bedarf der Unterstützung

Allein im Zeitraum Oktober 2015 bis April 2016 haben die Schulen in NRW über 30000 Flüchtlingschüler/-innen aufgenommen. Deren Verteilung auf die Schulen erfolgt durch die kommunalen Integrationszentren (KI). Diese KI haben das teilweise sehr sinnvoll gemacht, teilweise auch weniger sinnvoll. Es gibt kein landeseinheitliches Verfahren. Anders als bei der Inklusion haben sich zunächst alle Schulformen gut beteiligt. Mit zunehmender Dauer entledigen sich die Gymnasien der aus ihrer Sicht nicht geeigneten Schüler und die integrierten Schulen „dürfen“ wieder einspringen.

Die Schulen in NRW haben sich der neuen, schwierigen Aufgabe der schulischen Integration der Flüchtlingskinder und -jugendlichen mit großer Offenheit und viel Engagement gestellt. Es sind entsprechend der unterschiedlichen Erfordernisse an den Einzelschulen unterschiedliche Konzepte entwickelt worden. Ein wichtiges Element waren dabei die „Internationalen Förderklassen (IVK)“ [sic?], die vom Land für maximal zwei Jahre jeweils mit einer halben Lehrerstelle unterstützt werden.

Nach ca. einem Jahr der praktischen Erfahrungen zeigt sich, dass die Problemlagen vor Ort sehr unterschiedlich und die vorgesehenen Ressourcen für eine gelingende Integration nicht ausreichend sind. Aus der Sicht der Schulen sind mindestens ähnliche

personelle Ressourcen notwendig wie für den Bereich der Inklusion. Ein sinnvolles Verfahren wäre es, die Flüchtlingskinder bei der Stellenberechnung doppelt zu zählen. Derzeit endet die so genannte Erstförderung nach spätestens zwei Jahren. Zusätzliche personelle Ressourcen über die Sprachförderung hinaus sind nicht vorgesehen.

Ein neuer Integrationserlass regelt die Umsetzung der schulischen Integration (mal wieder) zum Nachteil der integrierten Schulen. Die jetzt geforderte direkte Beschulung in Regelklassen erfordert nach der Logik des gegliederten Systems vor der Zuweisung an die Schulen eine Sortierung der zugewanderten Schüler nach schulischer Leistungsfähigkeit. Das bedeutet für die integrierten Schulen, dass ihnen das obere und mittlere Leistungsspektrum vorenthalten werden. Vorsichtshalber ist in dem Erlass im Interesse der Gymnasien und Realschulen auch ein Schulwechsel vorgesehen. Das passiert, wie die Praxis zeigt, natürlich nur in Form der Abschlus-

Mittlerweile ist im schulischen Bereich, ähnlich wie im politischen Bereich, die Willkommenskultur durch Pragmatismus abgelöst worden. Im Kern müssen die Schulen die schulischen Anforderungen der Integration der Flüchtlingschüler mit ihren eigenen Bordmitteln bewältigen. Eine Schule, die sich der Inklusion und der Integration stellt, ist gegenüber der Nachbarschule, die das nicht macht, erheblich benachteiligt. Auf der Grundlage des Integrationserlasses werden den integrierten Schulen abgeschulte Flüchtlingskinder aus dem Gymnasium zugewiesen. Auch an dieser Stelle wird den integrierten Schulen einmal mehr die Ausputzerrolle für das gegliederte Schulsystem zugeschrieben.

Diese kritischen Anmerkungen stellen nicht unsere Bereitschaft in Frage, Kindern und Jugendlichen, die vor Krieg, Hunger und Gewalt geflohen sind, zu helfen. Die GGG NRW fordert auf dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen die dazu erforderlichen Ressourcen ein. In NRW haben sich in der großen Bildungskonferenz alle Beteiligten mit großer Einmütigkeit zur „Kultur des Behaltens“ bekannt. Danach übernehmen

alle Schulen für die ihnen anvertrauten Schüler die Verantwortung bis zum Ende der Sekundarstufe I. Die GGG NRW fordert, dass dieses Prinzip der pädagogischen Verantwortung mindestens und auch gerade für die Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen gilt. Das schließt jedwede Abschlus-

BEHREND HEEREN

RHEINLAND-PFALZ



Was Kinder nach der Flucht brauchen

Am 21. April 2016 fand eine Fachtagung „Was brauchen Kinder nach der Flucht?“ mit mehr als 200 Teilnehmer/-innen statt. Die große Nachfrage macht deutlich, wie wichtig die Thematik für die Schule ist. Die GGG RLP erarbeitete in Zusammenarbeit mit neuen Partnern, dem Montessori-Landesverband, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband RLP/Saarland, der Regionalen AG der freien Waldorfschulen RLP/Saarland/Luxembourg und dem Verband Deutscher Privatschulen RLP/Saarland e.V. die Konzeption der Veranstaltung.

Im Hauptvortrag machte Prof. Dr. Franz Hamburger die internationalen rechtlichen Rahmenbedingungen – der UN und der EU – deutlich und stellte sie in Bezug zur deutschen Praxis. Er kam zu dem Schluss, dass wir für die Umsetzung der Rechte für geflüchtete Kinder in Deutschland einen „Masterplan“ brauchen: Geflüchteten Kindern ist vordringlich ein Schutzraum zu gewährleisten, ihnen ist Sicherheit und Verlässlichkeit zu bieten, was die wichtigsten Voraussetzungen dafür sind, dass die Folgen der Flucht verarbeitet werden können. Und für sie gilt es – wie für alle Kinder –, den

Anspruch auf Individualisierung der Lernprozesse ernst zu nehmen und umzusetzen.

In drei Kurzvorträgen berichteten Praktiker/-innen von ihren Erfahrungen:

- Bernd Ruf vom Parzival-Zentrum Karlsruhe erläuterte den Begriff des Traumas und gab Einblick in seine Arbeit mit traumatisierten Kindern sowohl in aktuellen Kriegsgebieten als auch in Deutschland.
- Monika Nather berichtete aus ihrer Montessorischule in München, wie man sich dort auf den Weg gemacht hat und die geflüchteten Kinder integriert hat.
- Anja Schönbach stellte die Arbeit der Integrierten Gesamtschule Koblenz vor und ließ Dujeen (18) und Mohammed (16), zwei junge Geflüchtete, selbst zu Wort kommen, die den Zuhörern von ihren Wünschen und Erlebnissen im schulischen Alltag berichteten (Deutschlandradio, Mediathek Kultur).

In der abschließenden Podiumsdiskussion kam die gut vorbereitete Bildungsministerin Vera Reiß zu Wort, die deutlich machte, dass sie trotz vieler Anstrengungen (Erhöhung des Etats für die Sprachförderlehrkräfte von 2 auf 4,7 Mio. und Einstellung von 501 Haushaltsstellen für 6000 Schüler/-innen in Deutschintensivkursen) noch ein Defizit bei der Versorgung der Flüchtlingskinder sieht. Sie betonte, dass das System selbst deutlich flexibler werden muss. Die Schulen sollen daher mehr Verantwortung für Personaleinsatz und auch für die inhaltliche Ausgestaltung ihrer Schulcurricula bekommen.

Die Aufnahme von Schüler/-innen mit Fluchthintergrund in die rheinland-pfälzischen Gesamtschulen ist jedoch rein quantitativ begrenzt, da die IGSn i.d.R. mit ihren Schülerzahlen die Klassenmesszahlen erfüllen, also fast keine Aufnahmekapazitäten haben. Trotzdem war lanciert worden, die IGS entzöge sich der Beschulung von Flüchtlingskindern. Tatsächlich hatte aber die Schulaufsicht von vornherein neuen, zusätzlichen Klassenbildungen an den IGSn eine klare Absage erteilt. Die Hauptlast bei der Beschulung liegt demnach bei den Realschulen plus bzw. im berufsbildenden System.

Die GGG begrüßt, dass keine sog. Deutsch-intensiv-Klassen eingerichtet werden, sondern die Flüchtlingskinder von

Anfang an in die Regelklassen aufgenommen werden. In der Praxis haben sich variantenreiche Formen der Beschulung entwickelt, die jedoch nicht immer eine qualitätsvolle und vor allem ausreichende Förderung gewährleisten können. Deutschlandradio Kultur berichtete über die Veranstaltung ausführlich: http://www.deutschlandradiokultur.de/schule-und-integration-was-kinder-nach-der-flucht-brauchen.2165.de.html?dram:article_id=352079. S. auch: YouTube – „Was brauchen Kinder auf der Flucht“.

ROSEMI WAUBERT DE PUISEAU

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Am 7. Mai 2017 wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Die Parteien haben sich in ihren Wahlprogrammen auch bildungspolitisch positioniert. Während die Regierungskoalition (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW) einen Schulfrieden erklärt, dessen wesentlicher Inhalt darin besteht, die Strukturfrage in der nächsten Legislaturperiode nicht auf die Agenda zu setzen, versucht der CDU-Herausforderer Daniel Günther mit der Forderung nach Rückkehr zum G9 an Gymnasien zu punkten. Als Bündnispartner hat er in dieser Hinsicht lediglich den Philologenverband und die Linken hinter sich. Dabei darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass „Die Linke“ die einzige Partei ist, die sich für eine sofortige Umwandlung von Gymnasien in Gemeinschaftsschulen ausspricht.

Auch wir gehen davon aus, dass die privilegierte Stellung der Gymnasien in der aktuellen gesellschaftlichen Situation nicht haltbar ist. Dazu sind die von den Schulen zu bewältigenden Aufgaben zu gewaltig. Die Inklusion von Schüler/-innen mit Handicaps, die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie die Unterstützung und Förderung von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Elternhäusern obliegt weitgehend den Gemeinschaftsschulen. Erfreulicherweise befinden sich jetzt in einigen Wahlprogrammen Hinweise, dass in dieser Hinsicht besonders heraus-

geforderte Schulen künftig zusätzliche Ressourcen über einen zu etablierenden Sozialindex erhalten sollen.

Ein Blick auf die Unterrichtung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen macht deutlich, wie schwierig sich die Situation für die Schulen gestaltet. Nach dem Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen eine Sprachförderung durch freie Träger erfolgt, werden die Schülerinnen und Schüler in einem sog. DaZ-Zentrum (DaZ= Deutsch als Zweitsprache) in der sog. Basisstufe unterrichtet. Jedes DaZ-Zentrum ist entweder einer Grundschule oder einer weiterführenden Schule, meist einer Gemeinschaftsschule, zugeordnet. Soweit es der Sprachstand erlaubt, können die Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer Teiintegration am Unterricht der Regelklassen teilnehmen. An die Basisstufe schließt sich die Aufbaustufe an, in der die Schülerinnen und Schüler altersgemäß im vollen Umfang am Unterricht von Regelklassen teilnehmen und zusätzlich Sprachunterricht von bis zu sechs Wochenstunden erhalten. Danach findet eine vollständige Integration bei sprachsensiblen Unterricht in allen Fächern statt.

Bei einem an sich schlüssigen Konzept müssen die unzulänglich bereitgestellten Ressourcen (insbesondere erscheint uns eine Klassengröße von in der Regel mindestens 16 Schülerinnen und Schülern in der Basisstufe wesentlich zu groß und die Angabe der in der Aufbaustunde zu gebenden DaZ-Stunden mit bis zu sechs als zu vage angegeben) und Entscheidungsverfahren kritisiert werden. Für uns nicht hinzunehmen sind die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten der Einzelschulen bei Entscheidungen über die Einrichtung von DaZ-Zentren, die ungleiche Verteilung der DaZ-Zentren auf die unterschiedlichen Schulformen, aber auch eine nicht erfolgreiche Steuerung der Verteilung der Schülerinnen und Schüler in der Aufbaustufe auf die Schulen. Wir befürchten, dass es hier zu einseitigen Belastungen für eine Reihe von Schulen kommen wird. Schon jetzt deutet sich an, dass deutsche Eltern solche Schulen für ihre Kinder meiden werden.

DIETER ZIELINSKI

Vorankündigung: Bundestagung der GGG am 17.11.2017 in Frankfurt

Anknüpfend an den Inklusionskongress im Sept. 2016 wollen wir – erneut in Frankfurt – am 17.11.2017 offensiv die drängendsten gesellschaftlichen Herausforderungen aufgreifen und die Möglichkeiten der Schulen des gemeinsamen Lernens zu deren Bewältigung in den Blick nehmen. Umgang mit Migration, Sprachbarrieren und präventive Strukturen gegen Radikalisierung sind die Themen, zu denen wir als Referenten **Ahmad Mansour** aus Berlin, die Sprachwissenschaftlerin **Rosemarie Tracy** aus Mannheim und **Kurt Edler**, den Vorsitzenden der DeGeDe, gewonnen haben.

Gemeinsam mit den Gesamtschulleiter/-innen Frankfurts wurde eine „Gesamtschulwoche“ angedacht, um durch die Bündelung verschiedener Veranstaltungen auch eine breitere Wahrnehmung in der städtischen Öffentlichkeit zu erreichen. Ein Schulbesuchstag zum intensiven Austausch über schulischen Umgang mit den Herausforderungen, die GGG-Tagung am 17.11. und der gemeinsame „Markt der Möglichkeiten“ der Frankfurter IGS sind Angebote für Frankfurter Kolleg/-innen, GGG-Besucher/-innen und Eltern der 4. Klassen. Als Brücken gedachte Abendveranstaltungen sollen Gelegenheit geben anzukommen, gemeinsam zu feiern oder ein Konzertangebot zu genießen.

Details zu Ort, Programm, Ablauf und Anmeldeverfahren werden im Juli auf der Website der GGG und im nächsten GGG-Info zum 01.07.2017 veröffentlicht – ebenso wie die Einladung zur Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, die den offiziellen Teil der GGG-Tagung am 17.11.2017 beschließen wird.



Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

GGG Verband für Schulen des
Gemeinsamen Lernens e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Hauptstraße 8, D-26427 Stedesdorf
Fon: +49-4971-94668-0
Fax: +49-4971-94668-1
E-Mail: geschaefsstelle@ggg-bund.de
www.ggg-bund.de

Portokosten sparen helfen
Nächstes GGG Info per Mail erhalten!
Bitte Rückmeldung an
geschaefsstelle@ggg-bund.de

Jubiläen/Geburtstage

Wir gratulieren zum 80. Geburtstag

Name	Geburtstag
Jürgen Minz	11.03.1937
Ingrid Stark	05.05.1937

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Name	Geburtstag
Dr. Hannelore Christ	29.01.1942
Gerd J. Czok	21.02.1942
Klaus Mangold	26.02.1942
Thorsten Hartmann	22.03.1942
Volker-Theo Eggeling	20.05.1942

Terminvorschau

Montag 10.4. bis 12.4.2017
Schulbesuchstage an Hamburger
Stadtteilschulen

Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft

Name
Paul-Georg Lisztewink
Rudolf Schetter
Elke Riedel
Jörn Jensen
Heide Wolff
Luise Pavageau-Briel
Edgar Wolff
Dagmar Niendieck
Horst Schaub

Gisela Gebauer-Nehring
Renate Plachetka
Dagmar Fassbender
Detlef Plett
Helmut Tschampa
Hans-Jürgen Belke
Helmut Gattermann
Annerose Sczesny-Freudel
Mira Lammers

Elmer Schnuit
Heide-Marie Reuter-Biehlig
Walter Ruhwinkel
Waltraut Wertheimer
Rita Streb-Hesse
Ingrid Wenzler
Förderverein Gesamtschule Hagen-Böle
Lore Heitmann
Klaus Gebauer